



Niederschrift

28. öffentliche/nichtöffentliche Sitzung des Ausschusses für Bildung und Sport

Sitzungstermin:	Dienstag, 19.04.2011
Sitzungsbeginn:	17:30 Uhr
Sitzungsende:	20:20 Uhr
Ort, Raum:	Raum 1.077, Stadthaus, Friedrich-Ebert-Str. 79/81

Anwesend sind:

Ausschussvorsitzender

Herr Michael Schröder	CDU/ANW	Leitung der Sitzung
-----------------------	---------	---------------------

Ausschussmitglieder

Frau Olga Schummel	DIE LINKE	Teilnahme ab 17:40 Uhr
Herr Stefan Wollenberg	DIE LINKE	
Frau Anke Michalske-Acioglu	SPD	
Frau Dr. Manja Orłowski	SPD	
Herr Andreas Menzel	Bündnis 90/Die Grünen	
Frau Martina Engel-Fürstberger	FDP	

sachkundige Einwohner

Herr Hans-Joachim Ziebarth	CDU/ANW
Frau Kathleen Krause	SPD
Frau Inge Stab	Grüne/B90
Herr Dr. Alexander Steinicke	DIE LINKE

Beigeordnete

Frau Dr. Iris Jana Magdowski

Gast

Herr Dietmar Weiberlenn	FB Schule und Sport
Herr Torsten Gessner	BL Sport
Herr Bernd Richter	KIS
Herr Markus Wicke	Projektleiter IOS- Regionalpartner Potsdam im Projektverbund kobra.net
Frau Claudia Buschner	IOS- Regionalpartner Potsdam im Projektverbund kobra.net

Frau Wefers	Lehrerrat Fontane-Oberschule
Frau Bärbel, Pohlmann	Lehrkraft Fontane-Oberschule
Herr Werner Lindner	SL Käthe-Kollwitz-Oberschule
Herr André Falk	Bürgerinitiative Westkurve
Herr Daniel Zeller	Stadtteilnetzwerk Potsdam West
Frau H.-Maria Bretschneider	Eltern Grundschule Bruno H. Bürgel
Frau Birgit Walter	Eltern Grundschule Bruno H. Bürgel
Frau Stephanie Piwon	Eltern Grundschule Bruno H. Bürgel
Frau Anja Schneidewind	Eltern Grundschule Bruno H. Bürgel
Herr Berg	PNN
Frau Carola Hein	MAZ

Nicht anwesend sind:

sachkundige Einwohner

Frau Sabine Bittrich	Migrantenbeirat	Entschuldigt
Herr Florian Engels	SPD	Entschuldigt
Frau Beate Kruczek	FDP	Entschuldigt
Herr Frank Prinz-Schubert	Die Andere	Entschuldigt
Herr Sven Stolpe	DIE LINKE	Entschuldigt

Schriftführer/in:

Frau Wildgrube, Gudrun, Fachbereich Schule und Sport

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 22.03.2011 / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung
- 3 Evaluation Initiative Oberschule
- 4 Brief des Lehrerrates der Fontane-Oberschule vom 21.03.2011
- 5 Sportplatz Hans Sachs Straße

- 6 Grundschule Bruno H. Bürgel - Anhörung von Elternvertretern
- 7 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung
- 7.1 Erhalt der Sporthalle Heinrich-Mann-Allee
Vorlage: 11/SVV/0095
Fraktion DIE LINKE
- 7.2 Schulsozialarbeiter
Vorlage: 11/SVV/0122
Fraktion DIE LINKE
- 7.3 Kostenloses Schulessen
Vorlage: 10/SVV/0778
Fraktion DIE LINKE
- 7.4 Anpassung Schulentwicklungsplanung
Vorlage: 11/SVV/0189
Fraktion FDP
- 7.5 Initiative zum Lehrerersatzpool
Vorlage: 11/SVV/0240
Verfasser: Fraktion CDU/ANW
- 8 Mitteilungen der Verwaltung
- 9 Sonstiges

Protokoll:

Öffentlicher Teil

zu 1 Eröffnung der Sitzung

Herr Schröder eröffnet die Sitzung.

zu 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 22.03.2011 / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung

Herr Schröder stellt ordnungsgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit fest. Aus aktuellem Anlass schlägt er vor, in die Tagesordnung einen TOP „Grundschule Bruno H. Bürgel“ aufzunehmen und Elternvertreter der Schule zu hören. Dieser Punkt solle nach TOP 5 behandelt werden.

Herr Menzel informiert, dass er per Mail darum gebeten habe, über die Kampfmittelberäumung zu berichten. Außerdem sei die Waldschule im Wildpark in Gefahr. Er bittet um Information unter Sonstiges.

Herr Ziebarth möchte unter TOP 8 Informationen zur Bildungsmesse geben.

Herr Schröder erklärt, dass die Kampfmittelberäumung in die Zuständigkeit des

Geschäftsbereiches 3 falle. Um eine fachkompetente Aussage zu erhalten könne man in die nächste Sitzung einen Vertreter des Geschäftsbereiches 3 einladen. Außerdem habe Herr Menzel eine kleine Anfrage zu dem Thema im Geschäftsgang und werde eine Antwort erhalten.

Herr Schröder bittet um Zustimmung zur geänderten Tagesordnung.

Die Ausschussmitglieder stimmen der erweiterten Tagesordnung zu.

Frau Schummel bittet um Ergänzung ihres Redebeitrages zu TOP 4.7 auf Seite 11 der Niederschrift vom 22.03.2011. Sie möchte erwähnt wissen, dass sie Bedenken geäußert habe, dass eventuell im Neubau der Vereinssport nicht mehr möglich sein werde, weil die Kapazitäten nicht mehr vorhanden sein werden.

Herr Menzel bittet um Ergänzung seines Redebeitrages zu TOP 3 auf Seite 6 der Niederschrift vom 22.03.2011. Es solle eingefügt werden, dass die Schule im aktuellen Schulentwicklungsplan 1080 Plätze habe und auf der aktuellen Seite der Schulporträts 810 Plätze angegeben seien.

Die Ausschussmitglieder bestätigen die geänderte Niederschrift der 27. Sitzung.

Der Ausschuss für Bildung und Sport stimmt der Niederschrift der Sitzung vom 22.03.2011 mit Ergänzungen von Frau Schummel und Herrn Menzel zu.

Abstimmungsergebnis: keine Gegenstimmen

zu 3 **Evaluation Initiative Oberschule**

Herr Schröder begrüßt Herrn Wicke.

Herr Wicke, der als IOS-Regionalpartner Potsdam das Projekt seit 2007 begleitet, hat Informationsmaterial an die Ausschussmitglieder ausgeteilt und erläutert anhand einer Präsentation u.a. Ziele, Projekte und Fördermöglichkeiten. Die Initiative Oberschulen fördere die Selbständigkeit der Schüler bei der beruflichen Auswahl des künftigen Ausbildungsplatzes. Auf Grund der guten Evaluationsergebnisse wolle das Land Brandenburg IOS mit 80 % weiterfördern und das Programm bis 2014 verlängern. Der Evaluationsbericht sei im Internet abrufbar.

Es schließen sich Nachfragen der Ausschussmitglieder an.

Anwesende Vertreter von Oberschulen, wie **Herr Lindner** und **Frau Wefers**, werden nach Erfahrungen der Schulen mit dem Projekt befragt.

Die Ausschussmitglieder nehmen die Informationen zur Kenntnis.

zu 4 **Brief des Lehrerrates der Fontane-Oberschule vom 21.03.2011**

Herr Schröder verweist auf den Brief des Lehrerrates, der auch allen Fraktionen vorliege.

Frau Dr. Magdowski informiert zu Punkt 1 des Briefes. Die Schule habe aus der Zeitung erfahren, dass 400 T€ der Fontane Oberschule für die Lenné-Gesamtschule verwendet werden sollten. In der Lenné-Gesamtschule war ein nichtplanbares Problem (Torflinse) zu lösen. Inzwischen hätten Beratungen im

politischen Raum dazu geführt, dass man Lösungen gefunden habe und laut Terminplan die Maßnahme für die Oberschule Theodor Fontane 2012 beginnen werde. Zu den anderen Punkten des Briefes liege eine Antwort des Staatlichen Schulamtes vor, die sie vorträgt.

Frau Dr. Orlowski stellt den **Geschäftsordnungsantrag**, die Behandlung auf die nächste Sitzung zu vertagen. Man solle zunächst die Schule hören. Der Antwortbrief liege außerdem der Schule nicht vor. Zudem sei kein Vertreter des Schulamtes anwesend. Es gebe die Trennung zwischen inneren und äußeren Schulangelegenheiten und Frau Dr. Magdowski könne nicht Dinge vertreten, auf die man keinen Einfluss habe. Sie bittet den Schulrat zu diesem Punkt einzuladen.

Herr Schröder bittet Frau Wefers zu hören und dann den Geschäftsordnungsantrag abzustimmen.

Frau Wefers informiert, dass der Brief des Lehrerrates an die Fraktionen, das Ministerium und das Staatliche Schulamt geschickt wurde. Es sei ein Hilferuf. Die Schule habe einen Sonderpädagogen und solle im nächsten Schuljahr 14 Förderschüler aufnehmen, das seien 20 Prozent.

Herr Schröder verweist auf die Komplexität des Themas, wie Überfrachtung der Oberschulen mit Schülern mit sonderpädagogischem Förderbedarf und Bedarf an Schulsozialarbeit. Der Ausschuss für Bildung und Sport könne die Probleme nicht lösen. Die Oberschulen sollten aber die Möglichkeit haben, sich zu äußern. Herr Dörnbrack war eingeladen und sei entschuldigt. Er hat eine Stellungnahme abgegeben.

Herr Menzel äußert den Wunsch, besser mit dem Staatlichen Schulamt zu kooperieren. Zu den Förderbedarfen gebe es Regionalkonferenzen, wo er als Mitglied des Kreiselterrates teilnehmen werde. Auch Mitglieder des Bildungsausschusses könnten teilnehmen und die Problematik vortragen.

Frau Engel-Fürstberger spricht für den Geschäftsordnungsantrag

Herr Schröder lässt den Geschäftsordnungsantrag abstimmen.

Der Geschäftsordnungsantrag auf Vertagung wird einstimmig bestätigt.

Herr Wollenberg bittet darum, das Schreiben des Staatlichen Schulamtes mit der Niederschrift zur Verfügung zu stellen.

zu 5 Sportplatz Hans Sachs Straße

Zu diesem Punkt erhalten Herr Falk und Herr Lindner Rederecht.

In Vorbereitung der Sitzung wurde den Ausschussmitgliedern durch Herrn Falk Informationsmaterial zur Verfügung gestellt.

Herr Falk erläutert das Anliegen der Bürgerinitiative Westkurve anhand einer Skizze. Die Bürgerinitiative stelle die Bedürfnisse des Schulsports nicht in Frage. In diesem Fall gebe es aber eine starke Nutzung durch den Freizeitbereich, dem unbedingt Rechnung getragen werden sollte. In diesem Sinne plädiere man für die Gestaltung des Hauptfeldes als Tenne. Das westliche Halbrund könne man als Kunststofffeld und das östliche als Rasenfläche gestalten.

Herr Lindner führt aus, dass die Grundschule Gerhart-Hauptmann und die Käthe-Kollwitz Oberschule in die Verhandlungen einbezogen waren. Man sei der Bürgerinitiative dankbar, weil sie geholfen habe, die Sportbedingungen für die Schulen zu verbessern. Der Pflegebedarf bei Tennenbelag werde skeptisch gesehen. Auch wegen der Verletzungsgefahr favorisieren die Schulen nicht Tennen-, sondern Kunststoffbelag.

Herr Richter erklärt, dass der Belag dem Nutzerbedarf entsprechen und funktionieren müsse. Seit September habe der KIS versucht, den Entscheidungsprozess zu moderieren, bisher ohne Ergebnis. Im letzten Workshop habe man die vorliegende Skizze diskutiert, wobei es die Eintragung in der Mitte noch nicht gab. Ein Planer habe die Skizze umgesetzt und im Ergebnis als nicht praktikabel verworfen. Aus der Erfahrung des Schulsports werde Kunststoffbelag empfohlen. Die Randbereiche könnten mit wenig Aufwand mit Spiel- und Sportrasen gestaltet werden. Knackpunkt sei der Hauptbelag für den Schulsport. Solange man sich nicht verständigen könne, könne man nicht bauen.

Es schließt sich die Diskussion der Ausschussmitglieder an.

Herr Schröder wertet die heutige Anhörung als Information. Kunststoffbelag sei ein Kompromiss. Bei einer Entscheidung sei dem Schulsport Vorrang einzuräumen, da der Bolzplatz in Babelsberg auch nicht gebaut werde, obwohl Bedarf vorhanden sei. Er bittet die Verwaltung, mit Blick auf den Schulsport, eine Einigung mit der Bürgerinitiative zu finden.

zu 6 **Grundschule Bruno H. Bürgel - Anhörung von Elternvertretern**

Frau Bretschneider schildert die Situation an der Bürgel-Schule. Dort mussten wegen hoher Schadstoffbelastung im Kellerbereich Räume gesperrt werden. Schulleitung und Sekretariat befinden sich derzeit im Computerkabinett. Es gebe Unklarheiten bezüglich der Nutzung der Kellerräume und der darüber liegenden Räume. Im Essenhaus gebe es Handlungsbedarf wegen Schimmelfall. Hoher Sanierungsbedarf bestehe bei der Turnhalle. Nach den Raumprogrammempfehlungen des MBSJ fehlen der Schule drei weitere Räume. Das werde als Grund dafür angegeben, dass die Maßnahmen Essengebäude und Turnhalle 2011 nicht durchgeführt werden. Die Baumaßnahmen für das Essengebäude sollen 2013/14 und für die Turnhalle 2015 erfolgen. Das sei für die Eltern der Schule nicht nachvollziehbar. Es wird um Prüfung der einzelnen Sachverhalte gebeten.

Herr Schröder erklärt, dass nichts verschoben werde. Eventuell werde durch Mehraufwendungen mehr Geld benötigt.

Herr Richter informiert, dass 2007 im Rahmen der beginnenden Sanierung die Schadstoffbelastung im Keller und Treppenhaus aufgefallen sei. Es wurde ein Schadstoffsanierungsplan erstellt und umgesetzt. Um mehr Platz zu schaffen wurde ein Kellerraum für Sekretariat und Schulleitung nutzbar gemacht. Nach der Schadstoffbeseitigung zog die Schulleitung 2008 ein. Später wurden Reizungen gemeldet. Ein Gutachten stellte fest, dass keine Schadstoffe nachweisbar waren. Während der Komplettsanierung zog die Schule komplett aus. Nach dem Rückzug gab es erneut Meldungen über gesundheitliche Beeinträchtigung. Ein Gutachter wurde beauftragt. Im Ergebnis konnte man nicht auf eine unmittelbare Gefährdung schließen. Als Vorsichtsmaßnahme wurde empfohlen, eine Abdichtung unter der Treppe anzubringen. Es wurde ein Arbeitsmediziner

eingeschaltet, der bestätigt habe, dass die Sanierung erfolgreich sei. Nicht auszuschließen sei aber die Beeinträchtigung durch Teppichboden und fehlende Lüftungsmöglichkeiten. Insofern wurde empfohlen, die Kellerräume nicht weiter zu nutzen und der Umzug der Schulleitung veranlasst. Im Mai werde man ein Konzept erstellen, wie eine weitere Gefährdung anderer Räume ausgeschlossen werden kann. Außerdem bereite man in den Ferien eine Lösung vor, um einen Container mit zwei Klassenräumen auf dem Hof aufzustellen. Möglichkeiten, die Mittelverteilung für den Erweiterungsbau vorzuziehen, werden geprüft.

Es schließt sich eine kurze Diskussion an.

Die Ausschussmitglieder nehmen die Informationen zur Kenntnis.

zu 7 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung

zu 7.1 Erhalt der Sporthalle Heinrich-Mann-Allee

Vorlage: 11/SVV/0095

Fraktion DIE LINKE

Herr Wollenberg erklärt, dass der Antragsteller den Beschlusstext aus dem Werksausschuss übernehmen möchte. Dieser liege ihm aber nicht vor.

Herr Richter informiert, dass im Ergebnis der Diskussion im Werksausschuss ein Beschlusstext nachgereicht werden sollte, der ihm bisher auch nicht vorliege.

Herr Wollenberg schlägt vor, den ersten Satz des Antrages so zu übernehmen und wie folgt zu ergänzen:

Der Sanierungsbedarf ist festzustellen und in die mittelfristige Sanierungsplanung ab 2014 einzuordnen.

Frau Engel-Fürstberger merkt an, dass sie mit der Formulierung des ersten Satzes nicht einverstanden sei.

Herr Schröder lässt den von Herrn Wollenberg geänderten Antragstext abstimmen.

Geänderter Antragstext:

Die Sporthalle in der Heinrich-Mann-Allee wird langfristig erhalten. Der Sanierungsbedarf ist festzustellen und in die mittelfristige Sanierungsplanung ab 2014 einzuordnen.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	2
Ablehnung:	4
Stimmhaltung:	1

Der Antrag wird abgelehnt.

zu 7.2 Schulsozialarbeiter

Vorlage: 11/SVV/0122

Fraktion DIE LINKE

Herr Schröder verweist auf den Beschluss im Jugendhilfeausschuss am 23.03.2011.

Herr Wollenberg erklärt, dass der Antragsteller den Beschlusstext aus dem Jugendhilfeausschuss übernimmt.

Frau Dr. Orlowski fragt nach, ob man wirklich flächendeckend einen Schulsozialarbeiter an jeder Schule wolle.

Herr Wollenberg erwidert, dass dies nicht zwingend notwendig sei. Schulsozialarbeiter sollten dort eingesetzt werden, wo Schulen Bedarf hätten.

Frau Engel-Fürstberger äußert Bedenken, da die Stadt bezahlen würde.

Frau Dr. Orlowski schlägt vor, den Antrag zurückzustellen und abzuwarten, welche Mittel aus dem Bildungs- und Teilhabepaket zur Verfügung gestellt werden. Sie sehe keine Notwendigkeit für den Antrag, da es vom Bund Geld geben werde.

Herr Menzel erklärt, dass aus der Befragung 2007 nicht abzuleiten sei, dass es keinen Bedarf gebe. Viele Schulen hätten aus einer Befangenheit heraus nicht geantwortet. Es sollten Bedarfe ermittelt werden und wenn Geld vom Land komme, könne man das einsetzen.

Herr Schröder verweist darauf, dass im Juni das Ergebnis der Evaluation zu erwarten sei. Dieses sollte abgewartet werden. Auch sei abzuwarten, was das Teilhabepaket vorsehe.

Herr Wollenberg könne keinen Widerspruch erkennen. Geld das woanders herkomme könne doch in die Finanzierung einbezogen werden.

Herr Weiberlenn informiert, dass in der Arbeitsgruppe Evaluation erste Ergebnisse vorgetragen wurden. Es werde ein Workshop stattfinden, in dessen Ergebnis es Empfehlungen für die Stadtverordneten geben werde. Es wird festgestellt werden, dass es Schulen gebe, die einen höheren Bedarf haben und Schulen, die keinen Schulsozialarbeiter wollen. Man könne den vorliegenden Antrag umformulieren.

Frau Dr. Orlowski erklärt, dass man im Juni den Bedarf kenne und der Evaluation nicht vorgreifen solle.

Es schließt sich eine weitere Diskussion der Ausschussmitglieder an.

Herr Schröder stellt fest, dass der Antrag grundsätzlich die Unterstützung des Ausschusses habe. Es sollte jedoch das Ergebnis der Evaluation im Juni abgewartet werden.

Herr Wollenberg ist einverstanden den Antrag bis zur Junisitzung zurückzustellen.

Der Antrag wird zurückgestellt.

zu 7.3 **Kostenloses Schulessen**
Vorlage: 10/SVV/0778
Fraktion DIE LINKE

Herr Schröder erklärt, dass der Antrag mit dem Haushaltsbeschluss erledigt sei und fragt den Antragsteller.

Herr Wollenberg bestätigt dies.

Der Antrag ist durch Haushaltsbeschluss erledigt.

zu 7.4 **Anpassung Schulentwicklungsplanung**

Vorlage: 11/SVV/0189

Fraktion FDP

Frau Engel-Fürstberger bringt den Antrag ein.

Herr Schröder fragt die Verwaltung nach den Vorstellungen der Fortschreibung des Schulentwicklungsplanes.

Frau Dr. Magdowski erklärt, dass es nach der Sommerpause eine Aktualisierung der Schulentwicklungsplanung geben werde.

Herr Weiberlenn informiert, dass die Errichtung einer Schule in der Haeckelstraße abzuarbeiten sei. Insofern könne man eine Mitteilungsvorlage erwarten, die auf das Thema Oberschulen und Gesamtschulen eingehen werde. Eine Gesamtschule verfüge im Vergleich zu einer Oberschule, neben der Sek. I, auch über eine Sek. II. Daraus ergebe sich ein zusätzlicher Raumbedarf. Außerdem sei, um die notwendige Schülerzahl für die gymnasiale Oberstufe zu erhalten, mindestens eine 5-zügige Sek. I nötig. Die LHP verfügt derzeit über vier Oberschulstandorte.

- Montessori-Oberschule (22) mit Primarstufe
- Oberschule Theodor-Fontane (51) mit Primarstufe
- Pierre-de-Coubertin-Oberschule (39)
- Käthe-Kollwitz-Oberschule (13)

Bis auf die Montessori-Oberschule haben alle Oberschulen freie Kapazitäten. Keine der vorhandenen Oberschulen könne in eine Gesamtschule umgewandelt werden. Nur am Standort der Theodor-Fontane-Oberschule (51) mit Primarstufe wäre generell eine Gesamtschule möglich. Dafür müsste jedoch die Primarstufe herausgelöst werden.

Frau-Engel-Fürstberger bittet darum, die Stellungnahme der Verwaltung in Schriftform auszureichen.

Herr Weiberlenn sagt zu, die Stellungnahme mit der Niederschrift auszureichen.

Herr Menzel bittet darum, die Zahlen zum Ü-7 Verfahren mit der Niederschrift auszureichen.

Nach kurzer Diskussion stellt Frau Engel-Fürstberger den Antrag zurück.

zu 7.5 **Initiative zum Lehrersatzpool**

Vorlage: 11/SVV/0240

Verfasser: Fraktion CDU/ANW

Herr Schröder informiert, dass er den Antrag in der Stadtverordnetenversammlung eingebracht habe.

Frau Engel-Fürstberger möchte „wie z.B. einen Pool von im Ruhestand befindlichen Lehrern“ gestrichen haben, da es nicht Aufgabe des Landes sein könne, Rentner zu beschäftigen.

Herr Menzel verweist auf die Position des Landeselternrates. Man wolle keine Rentner, sondern moderne oder andere berufliche Talente, die in den Schuldienst integriert werden.

Frau Engel-Fürstberger bittet um Streichung von: „eine Ersatzreserve oder andere...“. Dafür solle das Wort „geeignete“ eingefügt werden.

Frau Schummel regt an, in den Antrag aufzunehmen, dass das Ministerium Erfahrungen mit Vertretungsreserven aus anderen Bundesländern nutzen sollte.

Herr Weiberlenn verweist darauf, dass sich aus dem Beschluss des Antrages mehrere Aufforderungen an mehrere Ministerien ergeben. Eine abschließende Berichterstattung im Juni 2011 sei angesichts der abzuwartenden Antwort aus den Ministerien unrealistisch.

Herr Schröder lässt den geänderten Antragstext abstimmen.

Der Antrag wird einstimmig geändert beschlossen.

Der Ausschuss für Bildung und Sport empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung den Antrag wie folgt zu beschließen:

Der Oberbürgermeister wird gebeten, folgenden Beschluss der Stadtverordnetenversammlung an die Ministerin für Bildung, Jugend und Sport (MBS) und den Minister für Finanzen (MdF) des Landes Brandenburg sowie die Fraktionen im Landtag Brandenburg weiterzuleiten:

Die Stadtverordnetenversammlung fordert die zuständigen Ministerien und die Fraktionen im Landtag Brandenburg auf, die Fehlstunden an Potsdamer Schulen durch ~~eine Ersatzreserve~~ **geeignete** ~~oder andere~~ personalwirtschaftliche Maßnahmen, ~~wie z.B. einen Pool von im Ruhestand befindlichen Lehrern,~~ signifikant abzubauen.

Der Stadtverordnetenversammlung ist dazu in der Juni-Sitzung 2011 zu berichten.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 7
Ablehnung: 0
Stimmenthaltung: 0

zu 8 Mitteilungen der Verwaltung

Es gibt keine Mitteilung der Verwaltung.

zu 9 Sonstiges

Herr Menzel bittet darum, für die nächste Sitzung einen Tagesordnungspunkt „Kampfmittelberäumung- Umsetzung der DS 07/SVV/0036“ vorzusehen und einen Vertreter des Geschäftsbereiches 3 einzuladen.

Herr Wollenberg informiert, dass die Waldschule im Wildpark von Schließung bedroht sei. Dazu befinde sich ein Antrag im Geschäftsgang.

Herr Ziebarth informiert über die Märkische Bildungsmesse, die am 15. Und 16. April 2011 in der Metropolis Halle stattfand. Bedauerlich sei, dass die Landeshauptstadt Potsdam seitens der Stadtverwaltung nicht vertreten war. Die Bildungsmesse wurde von der Stadt Brandenburg an der Havel sowie den Landkreisen Teltow-Fläming und Potsdam-Mittelmark getragen. 148 Aussteller zeigten Bildungsmöglichkeiten im Bereich der Aus- Fort- und Weiterbildung. Ca. 3.500 Besucher besuchten die Messe. Von den Ausstellern gab es positive Rückmeldungen.

Frau Schummel informiert, dass am 11. Mai 2011 die Integrationskonferenz stattfindet und Einladungen verschickt wurden.

Michael Schröder
Ausschussvorsitzender

Gudrun Wildgrube
Ausschussbetreuerin